



---

## Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

60. Sitzung (öffentlich)

13. April 2005

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Michael Roeßgen

### Verhandlungspunkte:

**1 Dringliche Frage ..... 1**

Thema: Wie bewertet die Landesregierung den im „Spiegel“ geschilderten Sachverhalt, dass die DSK zunehmend Aufträge an Billigfirmen aus Mittel- und Osteuropa vergibt und dabei niedrigere Sicherheitsstandards in Kauf nimmt?

Schreiben des Abgeordneten Dr. Gerhard Papke (FDP) vom 11. April

- Antwort durch StS Dr. Walter-Borjans (MWA) ..... 1
- Antwort durch StS Hennerkes (MVVEL)..... 2
- Diskussion ..... 2

- 2 Finanzierungsinstrumente für kleine und mittlere Unternehmen weiterentwickeln – Investitions- und Innovationsfähigkeit sichern .....7**
- Antrag  
der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 13/6312
- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Diskussion.....7
  - Ergebnis.....7
- 3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe – Ergänzungsgesetz OWL .....8**
- Gesetzesentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/6477
- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Diskussion.....8
  - Ergebnis.....9
- 4 Klimaschutz optimieren – Emissionshandel und Förderung regenerativer Energien umgehend harmonisieren .....9**
- Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/6494
- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Diskussion.....9
  - Ergebnis.....11

<b>5</b>	<b>Rechtswidrigen Zustand beenden – Keine Duldung von rechtswidrigen Windkraftanlagen in NRW .....</b>	<b>11</b>
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/6579	
	• Diskussion.....	11
	• Ergebnis.....	15
<b>6</b>	<b>Die Wirtschaftsförderung effizient gestalten .....</b>	<b>15</b>
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/6714	
	• Diskussion.....	15
	• Ergebnis.....	16
<b>7</b>	<b>EU-Chemikalienpolitik umsetzbar gestalten – Einfluss des Landes NRW endlich nutzen .....</b>	<b>16</b>
	Antrag der Fraktion der CDU .....	16
	Drucksache 13/6715 .....	16
	• Diskussion.....	16
	• Ergebnis.....	19
<b>8</b>	<b>Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften.....</b>	<b>19</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6222	
	Ausschussprotokoll 13/1425 Zuschriften siehe Ausschussprotokoll	
	weitere Zuschriften 13/4844 und 13/4848	
	• Diskussion.....	19
	• Ergebnis.....	20

<b>9</b>	<b>Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes</b> .....	20
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/6348	
	Ausschussprotokoll 13/1451 Zuschriften siehe Ausschussprotokoll	
	• Diskussion.....	20
	• Ergebnis.....	20
<b>10</b>	<b>Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen „Konzentration und Erneuerung – die Politik der Landesregierung in der 13. Wahlperiode“</b> .....	21
	Unterrichtung durch die Landesregierung Drucksache 13/6660	
	• Diskussion.....	21
	• Ergebnis.....	23
<b>11</b>	<b>Aktuell eingeleitete Kontrollmaßnahmen in nordrhein-westfälischen Schlachthöfen und Fleischfabriken</b> .....	23
	– Bericht der Landesregierung	
	• Bericht durch StS Dr. Walter-Borjans (MWA).....	23
	• Bericht durch LMR Dr. Deden (MWA).....	24
	• Diskussion.....	25
<b>12</b>	<b>Ergebnisse des „Dienstleistungsbewerb Ruhrgebiet“</b> .....	29
	Bericht der Landesregierung	
	• Bericht durch StS Dr. Walter-Borjans (MWA).....	29
	• Diskussion.....	31

<b>13</b>	<b>Situation des Tourismus in NRW im Anschluss an die Tourismusbörse in Berlin</b> .....	<b>31</b>
	Bericht der Landesregierung	
	• Bericht durch StS Dr. Walter-Borjans (MWA).....	<b>31</b>
<b>14</b>	<b>Verschiedenes</b> .....	<b>33</b>
	• Antikorruptionsgesetz/LEG.....	<b>33</b>
	• Dankesworte an den Vorsitzenden .....	<b>33</b>
	<b>Nächste Sitzung: 25. April 2005 (Anhörung)</b> .....	<b>34</b>

\* \* \*



### **3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe – Ergänzungsgesetz OWL**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/6477

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Dr. Helmut Linssen** schickt voraus, am 16. Februar 2005 habe der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sich abschließend mit dem OWL-Gesetz befasst und mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, diesen Antrag ohne Änderungen anzunehmen.

Ebenfalls am 16. Februar 2005 habe der Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung abschließend über den Gesetzentwurf beraten und mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU den Antrag zur Annahme empfohlen.

Der Innenausschuss habe sich am 17. Februar 2005 darauf verständigt, kein Votum abzugeben, ebenso der Haushalts- und Finanzausschuss und der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung verzichtet. Weitere Voten der insgesamt sieben mitberatenden Ausschüsse lägen nicht vor.

Des Weiteren seien die Zuschriften der kommunalen Spitzenverbände sowie der Mittelstandsbeauftragten zu dem Gesetzentwurf seien eingegangen.

Änderungsanträge lägen nicht vor.

**Helga Gießelmann (SPD)** meint, die Vorschläge aus der Region OWL seien überprüft worden. Ein Teil davon liege in der Bearbeitung der Landesregierung, weil er im Rahmen anderer Vorhaben noch aufgegriffen werden sollte, ein anderer Teil sei schon abgearbeitet worden. Die nun in dem Gesetzentwurf enthaltenen Teile sollten nun modellhaft ausprobiert werden.

In den Zuschriften, die aus Ostwestfalen gekommen seien, sei noch weitere Punkte angeregt worden. Davon seien einige auch in der Fraktion in der weiteren Diskussion. Wegen der knappen Zeit wolle ihre Fraktion den Gesetzentwurf aber in der heutigen Fassung verabschieden, damit die Modellregion mit diesen Vorschlägen noch zum Ende der Legislaturperiode weiter arbeiten könne. In Ostwestfalen würden sicherlich noch weitere Möglichkeiten diskutiert; dazu werde man mit der Landesregierung im Gespräch bleiben.

**Dr. Michael Brinkmeier (CDU)** führt aus, gegen die im Gesetzentwurf enthaltenen Vorschläge sei nichts einzuwenden, allerdings gingen sie nicht weit genug. Dies betreffe insbesondere die vonseiten der OWL-Region gemachten Vorschläge. Daher werde sich seine Fraktion der Stimme enthalten.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** meint, auch nach dem Schreiben von OWL-Marketing mit den darin gemachten Vorschlägen – Anzeige statt Genehmigung für kleine Bauvorhaben, vereinfachte Anerkennung von Ausbildungsbetrieben und Aufhebung der TA Lärm – sollte zunächst einmal die vorliegende Fassung als erste Tranche zu verabschiedet werden, denn es sei momentan nicht zielführend, ein neues Fass aufzumachen. Seine Fraktion unterstütze die jetzt konsual gefundene Fassung.

**Marianne Thomann-Stahl (FDP)** kündigt für ihre Fraktion ebenfalls Enthaltung an. Es sei bedauerlich, dass man sich nicht traue, in einer Region ein bisschen Bürokratieabbau durchzuführen. Offensichtlich habe man Angst davor, dass eine solch tüchtige Region wie Ostwestfalen-Lippe den anderen Regionen des Landes beweisen könne, was das ginge.

Der **Ausschuss** nimmt sodann den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung von CDU und FDP an.

#### **4 Klimaschutz optimieren – Emissionshandel und Förderung regenerativer Energien umgehend harmonisieren**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/6494

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Dr. Helmut Linssen** schickt voraus, der mitberatende Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung habe am 9. März 2005 über den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP empfohlen, diesen abzulehnen.

**Christian Weisbrich (CDU)** trägt vor, das europäische Pflichtinstrument zur Umsetzung der Kyoto-Ziele sei seit dem ersten Januar 2005 der Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten. In Deutschland erfolge sie mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz. Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit komme aber in einem Gutachten zu dem Schluss, dass das EEG keinerlei CO<sub>2</sub>-Einsparungen bewirkt, aber enorme Kosten verursacht habe. Im Interesse des Standortes Deutschland bitte er darum, mit dafür zu sorgen, dass keine Addition von Kosten für Klimaschutzinstrumente in Zukunft stattfinde.

Für **Reiner Priggen (GRÜNE)** ist der Antrag der CDU Ausdruck einer gewissen Hilf- und Orientierungslosigkeit. In einem Vergleich der europäischen Länder, die das von der CDU favorisierte Quotenmodell anwendeten, sei der Irrweg eindeutig erkennbar. Im Übrigen werde beim Quotenmodelle die Windkraft das Rennen machen, weil sie